

Schluss aus Buch: [https://menschengerechtwirtschaft.de/wp-content/uploads/2019/10/Buch-Me-phisto-tredition-pdf-Version-mit-Seitenzahlen-end.pdf](https://menschengerechsetwirtschaft.de/wp-content/uploads/2019/10/Buch-Me-phisto-tredition-pdf-Version-mit-Seitenzahlen-end.pdf)

Video dazu hier: <https://youtu.be/IESCUO4yzMA>

Was können wir gemeinsam tun? (ab Seite 207-215)

Lasst uns die Ökonomie-Lehrbücher umschreiben!

„Die Weltsicht, die den wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern zugrunde liegt, ist uns mittlerweile so in Fleisch und Blut übergegangen, dass wir uns etwas Anderes gar nicht vorstellen können.“ David Graeber, Anthropologe

Vom Reichtum der Natur und der Bescheidenheit des Menschen

Die erste Grundannahme der heutigen ökonomischen Lehrbücher lautet, wie oben ausgeführt: **Güter sind knapp und Menschen sind unersättlich.** Diesen Satz können wir problemlos streichen. *(Darum geht die HuMan-Wirtschaft von der Marktsättigung seit 1996 aus. HuMan-Wirtschaft ist die erste Wirtschafts-Theorie für diese Märkte: Anm. HJK)* Stattdessen können wir auf die unermessliche Fülle der Natur und den Reichtum der Erde hinweisen, wie dies beispielsweise der Vordenker Braungart tut. Er weist auf die Überfülle der Blüten eines Kirschbaumes hin. Der Kirschbaum bringt viel mehr Blüten hervor, als er Kirschen tragen kann. So bringt die Natur auf allen Gebieten eine Überfülle hervor.

Und statt ständig zu predigen, der Mensch sei unersättlich und habe unendliche Bedürfnisse könnten wir in den Lehrbüchern auf vorbildliche Menschen hinweisen, die ohne Gier und ohne Reichtum, dafür aber mit innerer Erfüllung glücklich geworden sind. Es gibt zahllose hervorragende und berühmte Menschen, die äußerst bescheiden gelebt haben. Und es gab und gibt zahllose angesehene Menschen, die immer wieder darauf hinweisen, dass äußerer Überfluss nicht zu innerem Glück oder innerer Erfüllung führen. Selbst die neuere Glücksforschung bestätigt das.

Der große Unterschied zwischen kleinen und großen Vermögen

Die heutigen Lehrbücher der Ökonomie unterscheiden fahrlässigerweise nicht zwischen kleinem und großem Eigentum. Eigentum ist Eigentum, ob an einer Zahnbürste oder an hundert Milliarden Dollar, die Ökonomen machen da keinen Unterschied, alles Eigentum ist schützenswert. Das ist ein gefährlicher Denkfehler. Wir sollten eine scharfe Unterscheidung einführen an Eigentum im Kleinen, das segensreich ist, und Eigentum an Milliarden, das hochgradig schädlich für die Ökonomie und die Gesellschaft ist. Wir sollten in unseren Lehrbüchern dringendst eine Unterscheidung zwischen Entrepreneur-Kapitalismus, der ein Segen für unser Land ist und Rentier-Kapitalismus, der ein Krebsgeschwür Schaden ist, einführen. Wir sollten in unseren Ökonomie-Lehrbüchern herausarbeiten, dass hohe leistungslose Einkommen, die auf hohem Vermögen beruhen, nicht nur asozial, sondern schädlich und gefährlich sind.

Zinseszins ist gefährlich!

Allen unseren Ökonomielehrbüchern liegt der Lehrsatz zugrunde, dass Zins und Zinseszins gut, richtig und wichtig ist. Das ist jedoch ein Denkfehler. Wir sollten stattdessen in unseren Lehrbüchern darauf hinweisen, dass es in der Natur und in der Biologie keine unbegrenzte Exponentialfunktion gibt, dass unaufhörliches exponentielles Wachstum zu Krankheiten wie Krebs führt und dass unbegrenzter Zins auf Zins eine sehr gefährliche Sache ist. Unternehmen sollen kundenorientiert arbeiten statt Gewinne zu maximieren

Den Satz: „Unternehmen maximieren ihre Gewinne“ können wir ganz einfach aus unseren Lehrbüchern streichen, ebenso, dass Unternehmen nach dem Shareholder Value-Prinzip handeln sollen, nach wertorientierter Unternehmensführung, Economic Value Added, Renditemaximierung und ähnlichem streben sollen. Also alle Ausführungen, die den Studierenden weismachen wollen, Manager sollten in erster Linie auf Gewinn oder Rendite achten, werfen wir einfach aus den Lehrbüchern raus. Stattdessen schreiben wir vor allem in den BWL-Lehrbüchern, dass die Kernaufgabe von Unternehmen ist, gute Produkte und gute Dienstleistungen für die Kunden zu erbringen, dass die Aufgabe von Unternehmen ist, kundenorientiert zu arbeiten statt gewinnorientiert. Nichts leichter als das. Bis vor etwa 40 Jahren war das eine Selbstverständlichkeit in allen BWL-Lehrbüchern und verantwortungsvolle Manager haben früher natürlich nach diesem Grundsatz gehandelt. Der schädliche Unfug, dass viele Manager nach dem Gewinnmaximierungsprinzip arbeiten ist ja nicht viel älter als vielleicht 20 bis 30 Jahre.

Wir brauchen keinen Homo Oeconomicus

Ein Homo Oeconomicus ist in der gängigen Theorie ein Entscheidungsträger, der in rationaler Weise seinen Nutzen maximiert. Der Homo Oeconomicus, so wie er heute in den Ökonomie Lehrbüchern verwendet wird, ist aber eine Tautologie und daher unsinnig. Außerdem ist das Konstrukt schädlich, weil es uns weismachen will, wir sollen ständig unseren Nutzen maximieren. Wenn in einem Lehrbuch steht, auch Mutter Theresa sei (ebenso wie beispielsweise der Vorstand von Monsanto) mit dem Konstrukt des Homo Oeconomicus vereinbar, weil auch sie in rationaler Weise ihren Nutzen maximiert, wie es der Wirtschaftsethiker Christoph Lütge von der TU München zusammen mit seinem langjährigen Mitarbeiter Matthias Uhl schreibt, so ist das eine leere, nichtssagende und damit sinnlose Aussage. Es ist eben eine Tautologie, eine in sich geschlossene, unwiderlegbare und damit nichtssagende Definition. Dahinter steckt ein Zirkelschluss. Ein Beispiel: Es ist egoistisch, einem Bettler kein Geld zu geben (ich möchte es für mich behalten), und es ist egoistisch, dem Bettler Geld zu geben (ich tue es, um ein gutes Gewissen zu haben). Egal was ich tue, ich handle: „Ein Entscheidungsträger, der in rationaler Weise seinen Nutzen maximiert, wird als Homo Oeconomicus bezeichnet. (...) So ist beispielsweise die Handlungsweise einer Mutter Theresa (...) völlig vereinbar mit dem Modell des Homo Oeconomicus.“

Erst definiert man die Menschen als Egoisten und Nutzenmaximierer und dann „beweist“ man, dass alle so sind. Das ist eine Argumentation auf Bild-Zeitungs-Niveau. Aber abgesehen davon, dass der Homo Oeconomicus in dieser weiten Auslegung ein tautologischer Unsinn ist, prägt sich mit diesem ständig wiederholten Begriff in die Herzen und Seelen der jungen Studierenden die Vorstellung ein, dass rationale Nutzenmaximierung irgendwie etwas Gutes sei. Sie werden dadurch zum Egoismus erzogen. Wenn ständig unterstellt wird, dass alle Menschen immer ihren Nutzen maximieren, glaubt man es am Ende noch. Daher gibt es gleich zwei Gründe, weshalb wir den Begriff Homo Oeconomicus und die Annahme, dass alle Menschen ihren Nutzen maximieren einfach aus unseren Lehrbüchern streichen sollten. ***(Darum gibt es diese Menschenbezeichnung in der HuMan-Wirtschaft gar nicht. HJK)***

Der Mythos der unsichtbaren Hand des Marktes

- „Die „unsichtbare Hand“ des Mephistopheles“ Hans Christoph Binswanger

Die Theorie der unsichtbaren Hand behauptet, dass, auch wenn die Marktteilnehmer nur im egoistischen Eigeninteresse handeln, durch die Kräfte des Marktes diese Egoisten wie von unsichtbarer Hand in Altruismus und Gemeinwohl verwandelt werden. Diese Theorie ist jedoch angesichts der zahllosen ständig zunehmenden Fälle von Marktversagen unhaltbar. Die unsichtbare Hand des Marktes ist ein Mythos. Auf bestimmten Gebieten und unter bestimmten Voraussetzungen funktionieren Märkte ausgezeichnet. Aber daraus abzuleiten, dass die unsichtbare Hand des Marktes alleine genügen würde, eine gut funktionierende Wirtschaft mit sozialen und umweltverträglichen Ergebnissen sicherzustellen, ist Unsinn. Die Marktwirtschaft hat in der Vergangenheit aus zwei Gründen oft ausgezeichnet

funktioniert. Erstens waren die Regeln häufig fair und die erforderlichen Rahmenbedingungen wie vollkommene Information, ausgewogene Machtverhältnisse, Durchsetzung der Regeln usw. häufig einigermaßen erfüllt. Zweitens waren der Moralstandards der Marktteilnehmer, vom Unternehmenschef über den Arbeiter bis zum Verkäufer und den Kunden in der Vergangenheit vergleichsweise hoch. Doch beide Voraussetzungen haben in den letzten Jahrzehnten dramatisch abgenommen. Sowohl die Regeln, die immer stärker an Lobbyinteressen ausgerichtet werden, wie die Rahmenbedingungen wie auch die Durchsetzbarkeit der Regeln – Stichwort Internationalisierung - wie auch die Moralstandards haben sich im Laufe der letzten Jahre dramatisch verschlechtert. Das sollten wir in unseren Lehrbüchern ehrlich statt ideologisch oder interessengeleitet kommunizieren. Wir können schreiben: Märkte funktionieren ausgezeichnet, wenn die Leute sich einigermaßen moralisch verhalten, und die Rahmenbedingungen stimmen und klar kommuniziert sind, sonst kommt es zu Marktversagen. Und wir können dazuschreiben: Auch der Staat ist ein schlechter Wirtschaftler, das zeigen die zahllosen Fälle von Staatsversagen. Wir brauchen eine Balance zwischen Staatseingriffen und Marktwirtschaft, weder reinen Kapitalismus, noch Kommunismus, sondern einen dritten Weg zwischen beiden. *(den Kreditismus als idealen 3. Mittelweg, der die Geldschöpfung den Unternehmern und Kunden dezentral in die Hände gibt. Anm. HJK)* Wir sollten in den Lehrbüchern aufzeigen, wo und wann und unter welchen Bedingungen konkret welche Märkte gut funktionieren und warum. Der Mythos der abstrakten unsichtbaren Hand des Marktes im Allgemeinen, die alles immer automatisch zum Besten aller wandelt, ist eine marktapologetische Ideologie, die nichts mit der heutigen Realität zu tun hat. Wir sollten diesen Propagandabegriff daher einfach aus den Lehrbüchern streichen.

Integrative Wirtschaftsethik statt Glaube an die Allmacht des Marktes

Die heute vorherrschende Lehre der Wirtschaftsethik behauptet, dass alle Marktteilnehmer ihr Eigeninteresse verfolgen können, ja sollen, da die unsichtbare Hand des Marktes alles zum Besten wendet. Diese weltferne und schädliche ökonomistische Wirtschaftsethik sollten wir durch die auf Peter Ulrich zurückgehende integrative Wirtschaftsethik ersetzen. Hier gibt es - auch wenn sie noch viele Schwachstellen und Lücken aufweist - zahlreiche vielversprechende und sehr viel realitätsnähere Ansätze als die der konventionellen Wirtschaftsethik. Den heutigen Lehrbüchern der Ökonomie liegt praktisch ausschließlich die unhaltbare, marktapologetische, auf Karl Homann zurückgehende ökonomistische Sichtweise der institutionenökonomischen Wirtschaftsethik zugrunde. Sie sollte ersetzt werden durch die integrative Wirtschaftsethik.

Miteinander statt gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz, Gemeinwohlökonomie statt Egoismusökonomie

2010 veröffentlichte Christian Felber sein wegweisendes Buch „**Gemeinwohlökonomie** – Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“. Für mich ist das tatsächlich ein Wirtschaftsmodell der Zukunft. *(Daher ist in der HuMan-Wirtschaft die Genossenschaft die zentrale Gesellschaftsform. Anm. HJK)*

Unsere Ökonomie-Lehrbücher sollten im Sinne dieser Gemeinwohlökonomie umgeschrieben werden, dass das Handeln der Marktteilnehmer auf dem Gedanken des miteinander statt gegeneinander aufgebaut sein sollte, auf Kooperation statt Konkurrenz, das Gemeinwohl im Blick statt die egoistischen Eigeninteressen. Ich glaube, wenn wir unseren Studierenden diese Grundsätze beibringen statt Konkurrenz, Egoismus, Gewinn- und Nutzenmaximierung werden wir allmählich die innere Einstellung der Akademiker etwas ändern und dadurch in ein paar Generationen in einer menschlicheren Welt leben.

Fazit

Der erste Schritt in eine menschlichere Gesellschaft ist denkbar einfach: Wir brauchen nur unsere Ökonomie-Lehrbücher umzuschreiben. Sie wurden seit Adam Smith schon oft umgeschrieben. Mit dem

Denken fängt alles an. Lasst sie und also ein weiteres Mal umschreiben. Viel schwerer ist allerdings die Umsetzung in die Wirklichkeit. Davon soll das nächste Kapitel handeln.

Politische Maßnahmen

Aus der Fülle an politischen Maßnahmen, die wir ergreifen könnten, sollen nur einige wenige herausgegriffen werden.

Abwenden einer kommenden schweren Finanz- und Bereinigungskrise

Oben habe ich herausgearbeitet, dass in den letzten Jahrzehnten aufgrund der zunehmenden Ungleichverteilung die Produktionskapazität stärker gewachsen ist als die Masseneinkommen und ein großer Teil des Wirtschaftswachstums durch stark gestiegene Schulden finanziert wurde. Momentan besteht daher die Gefahr einer erneuten Finanzkrise. Wie labil die Wirtschafts- und vor allem die Finanzlage in den Industrieländern ist, zeigt die Notenbankpolitik in den USA, Großbritannien, der Euro-Zone und Japan. Alle Notenbanken haben seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 die Zentralbankgeldmenge vervielfacht und die Zinsen über 12 Jahre hinweg so niedrig gehalten wie noch nie in der Wirtschaftsgeschichte. Einige Marktbeobachter warnen angesichts der seit 2007 weiter gestiegenen Schuldenlast daher vor dem Kommen einer weiteren, diesmal noch deutlich schärferen Finanzkrise.

- Vgl. Dirk Müller, Weik/ Friedrich, Max Otte, Thomas Mayer, einst Chefvolkswirt der Deutschen Bank: <https://www.welt.de/finanzen/article181426442/Finanzblase-Experten-warnen-vor-der-naechsten-Finanzkrise.html>, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/weltwirtschaft-die-angst-vorder-naechsten-krise-a-1262318.html>

Das Kernproblem der momentanen Wirtschaftslage in den Industrieländern sind die im Vergleich zu der Massenkaufkraft zu hohen Produktionskapazitäten, also Überkapazitäten, weil sich in den letzten etwa 40 Jahren eine Lücke, ein Keil zwischen Produktion und Massenkaufkraft gebildet hat. Dieses Problem wäre eigentlich verblüffend einfach zu lösen: Wir brauchen nur die falschen und schädlichen Trends der letzten 40 Jahre rückabzuwickeln. Anstatt dass immer mehr Geld in Form von leistungslosen Einkommen durch Mieten, Pachten, Dividenden und Zinsen, wie oben geschildert, von allen Konsumenten zu den relativ wenigen großen Vermögensbesitzern fließt, brauchen wir nur das Geld dorthin zurückgeben, von wo es auch kommt: zu den Normal- und Kleinverdienern.

Konkret: Einmalige Vermögensabgabe

Wir könnten eine einmalige Vermögensabgabe von etwa 25 Prozent auf alle Vermögen nach Abzug von Freibeträgen von vielleicht ein bis drei Millionen Euro pro Kopf einführen. (*Umverteilen ist in der Human-Wirtschaft nicht vorgesehen, darum ist sie auch politisch umsetzbar. Anm. HJK*) Das ist ein Vorschlag der konservativen Boston Consulting Group von 2011. Der ebenfalls sehr konservative internationale Währungsfonds (IWF) forderte 2013 eine Vermögensabgabe von 10 Prozent.

- BCG 2011 240 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/hohe-staatsschulden-iwf-denkt-ueber-vermoegensabgabe-nach-12647951.html>

Erbschaftssteuer

Wir könnten die Erbschaftssteuer spürbar auf beispielsweise 50% nach Freibeträgen von vielleicht ein oder zwei Millionen Euro pro Empfänger erhöhen. (*Falsch: Die Erbschaftssteuer wird in der Human-Wirtschaft abgeschafft, ebenso die Gewinnsteuer. Nur das ist politisch umsetzbar. Anm. HJK*)

Erbschaften sind ja der Inbegriff von leistungslosen Einkommen und ungleichen Startchancen. Pro Jahr werden derzeit in Deutschland etwa 300 bis 400 Milliarden Euro vererbt, davon schätzungsweise gut 100 Milliarden durch das wohlhabendste ein Prozent der Bevölkerung. Die real bezahlte

Erbschaftssteuer beträgt zurzeit etwa 6 Milliarden Euro pro Jahr. Das heißt unser Erbschaftssteuersatz liegt momentan bei vielleicht 2%, sie existiert also de facto kaum. Das verfestigt die Ungleichheit und die ungleichen Startchancen in unserem Land.

Abgabe auf nicht selbst genutzten Boden und Immobilien

Wir könnten eine Abgabe von vielleicht 3% des tatsächlichen Marktwertes auf nicht selbst genutzten bzw. nicht selbst bearbeiteten Grund und Boden inklusive Immobilien einführen. Man kann auch großzügige Freibeträge von ein oder zwei Millionen Euro überlegen, vielleicht sogar für jedes Kind. Von dieser Vermögensabgabe wären also beispielsweise Familien, die im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung wohnen, oder der Landwirt, der seinen eigenen Grund und Boden bearbeitet, nicht betroffen. Dagegen würde Großgrundbesitz besteuert. De facto wären von dieser Abgabe im Wesentlichen nur die oberen vielleicht drei bis fünf Prozent der Bevölkerung betroffen. Über 90% der

- 241 Vgl. Kreiß 2013. Am Rande sei bemerkt, dass Kevin Küstner die berechtigte Frage stellt: »Warum sollte jemand mehr als 20 Wohnungen in seinem Besitz haben?« Die Zeit 2.5.2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-jugendorganisation-sozialismus>

Menschen in unserem Land würden von dieser Abgabe dagegen profitieren. *(Die HuMan-Wirtschaft kennt keinen Grundbesitz, dieser wird dem Staat gegen Verrechnung von Steuern und Pachtgebühren übereignet. Anm. HJK)* Das Argument der Steuerflucht zieht hier nicht, denn Grundbesitz kann sich nicht in die Schweiz oder nach Luxemburg absetzen, er ist notorisch immobil. Durch eine solche Abgabe könnten wohl allein in Deutschland über 100 Milliarden Euro pro Jahr eingenommen werden, die man dazu verwenden könnte, die Sozialabgaben und Steuern für Niedrigverdiener bis 1500 Euro pro Monat abzuschaffen. Kleinverdiener hätten dadurch „netto gleich brutto“ bis zu einem Jahreseinkommen von 18.000 Euro. Dadurch würden die Nettoeinkommen der Geringverdiener einen gewaltigen Sprung nach oben machen, die Massennachfrage würde gestärkt und der Keil zwischen Angebot und Nachfrage würde sich schließen. Damit wäre das Problem der Überkapazitäten und die Sorge vor einem Crash oder einer zweiten Finanzkrise schnell gelöst. Übrigens könnten das auch die leidgeprüften Griechen, Spanier und Italiener machen und in kürzester Zeit wäre die ökonomische Malaise in ihren Ländern überwunden. Denn hier liegt der eigentliche Grund für die ganze Finanz- und Wirtschaftskrise. Langfristig gesehen, im Laufe einiger Generationen, müsste meiner Meinung nach der Handel mit Boden, der Kauf und Verkauf von Boden eingestellt werden.

Sonstige politische Maßnahmen Unternehmensvermögen

Mittelfristig müssten wir auch verhindern, dass Unternehmensgewinne von hunderten von Milliarden Euro zum großen Teil leistungslos auf die Privatkonten von sehr wenigen Eigentümern fließen. *(Bei der Genossenschaft fließen diese unversteuerten Gewinne in die Taschen aller Mitarbeiter Anm. HJK)* Finanzströme in solcher Höhe sind nicht nur ethisch und religiös indiskutabel, sondern darüber hinaus rein ökonomisch betrachtet gefährlich, da sie zu Überinvestitionen und damit Krebs im Wirtschaftsleben führen. *(Investoren gibt es in der HuMan-Wirtschaft nicht mehr, da jeder sein eigenes Waren-Kredit-Gelt selber schaffen kann. Anm. HJK)* Langfristig sollte Privateigentum an Unternehmen am besten ebenso behandelt werden wie geistiges Eigentum an Kulturwerken, die 70 Jahre nach dem Tod des Schöpfers zum Allgemeingut werden. Eine Möglichkeit der Überführung in Allgemeingut wären Stiftungen oder Genossenschaften. In Deutschland gibt es derzeit über 22.000 Stiftungen mit einem Gesamtkapital von ungefähr 68 Milliarden Euro, die zu etwa 95% gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die bekanntesten sind wohl Bosch, Mahle, ZF Friedrichshafen, Carl Zeiss, Software AG usw. 2015 gab es in Deutschland über 7.500 Genossenschaften mit etwa 20 Millionen Mitgliedern, im Wesentlichen in Bank- und Wohnungsgenossenschaften. In Spanien gibt es Mondragon, ein Stiftungsunternehmen, das

in den Bereichen Maschinenbau, Automobilzulieferer, Bauindustrie, Einzelhandel, Banken und Versicherung tätig ist, mit über 70.000 Beschäftigten und etwa 12 Milliarden Euro Umsatz. Genossenschaften und gemeinnützige Stiftungen (nicht solche, die für Steuervermeidungszwecke gegründet werden) könnten ein Modell für die Zukunft sein.

Umlaufgesichertes Geld (Alte Theorie von 1916 nicht umsetzbar)

Langfristig brauchen wir auch eine andere Geldordnung, *(Eben die EUROWEG in der HuMan-Wirtschaft und keine Silvio Gesell-Theorie aus 1916, wo Computer-Netzte noch unbekannt waren. Anm. HJK)* könnten beispielsweise umlaufgesichertes Geld einführen, wie z.B. in der kleinen Gemeinde Wörgl in Österreich 1932/33.

- <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/urheberrecht/169968/geistiges-eigentum> Stand Mai 2019 243 <https://www.stiftungen.org/stiftungen/zahlen-und-daten/statistiken.html> Stand 9.1.2018 244 <https://www.mondragon-corporation.com/sobrenosotros/magnitudeseconomicas/informe-anual/>

Es gibt aber auch heute funktionierende Regionalwährungen auf Basis von Umlaufsicherung, beispielsweise den „Chiemgauer“. Gute Konzepte dazu finden sich bei monneta. *(keine Funktioniert Anm. HJK)*

Reform des Schul- und Hochschulsystems

Wie oben besprochen, sollten wir statt des momentanen staatlichen, ein freies Schul- und Hochschulsystem einführen. *(In der HUMAN-Wirtschaft wird jeder Mensch gemäss seinem göttlichen Plan geschult. Dazu muss die Klasse auf 8 Schüler beschränkt werden, was wesentlich bessere und mehr Lehrer bedingt. Anm. HJK)*

Werbeeinschränkungen und -verteuerungen

Werbung ist einer der ganz üblen Treiber in krankhaftes Wirtschaftswachstum, fördert eine Mentalität der Gier und bringt in gigantischem Umfang Unehrllichkeit und Unaufrichtigkeit in die Welt. *(In der HuMan-Wirtschaft ist Werbung gratis, da sie nur bei Bedarf von der Konkursversicherung und dem WEG-Begleiter angeordnet wird. Anm. HJK)* Je weniger kommerzielle Werbung wir haben, desto besser wird es uns gehen. Daher sollte kommerzielle Werbung zu Gewinnzwecken so stark wie möglich reduziert werden. Konkrete politische Maßnahmen wären Werbeverbote für Kinderwerbung, schädliche Produkte wie Alkohol, Zigaretten, Glücksspiel sowie ein flächendeckendes Außenwerbeverbot, wie es beispielsweise vier US-Bundesstaaten oder die Städte Sao Paulo und Grenoble bereits haben. Darüber hinaus sollte die steuerliche Abzugsfähigkeit für Werbeaufwand abgeschafft werden. Der Deutsche Werberat sollte wegen Befangenheit sofort aufgelöst werden. Die dramatische Reduzierung von kommerzieller Werbung auf möglichst nahe Null ist für mich eine der allerwichtigsten gesellschaftlichen Maßnahmen überhaupt. Sie ist an Wichtigkeit kaum zu toppen.

- Vgl. Schwarz 1951 und Ottacher 2017 246 <https://www.chiemgauer.info/> / Stand Mai 2019 <https://monneta.org/> Stand Mai 2019

Reduzierung der Jahresarbeitszeit

Im März 2012 gab es in der Schweiz auf Initiative des Gewerkschaftsdachverbandes Travail.Suisse eine Volksabstimmung für eine Verlängerung des Jahresurlaubs von vier auf sechs Wochen. Die Initiative wurde mit 67 Prozent der Stimmen abgelehnt. Die Arbeitgeber hatten Angabe gemäß bis zuletzt gegen die Initiative getrommelt. *(In der HuMan-Wirtschaft arbeitet jeder nach Angebot und Nachfrage, er hat daher jederzeit genug Freizeit für Weiterbildung und Urlaub. Anm. HJK)* Aus Arbeitgebersicht ist das Interesse offensichtlich: Eine gesellschaftliche Verknappung der Arbeitszeit würde zu höheren

Löhnen und damit zu steigenden Kosten und sinkende Gewinne für die Unternehmenseigentümer führen. *(In der HuMan-Wirtschaft bestimmt jeder selber seinen höheren Stundensatz. Lohn gibt es nicht mehr, da es keine Lohnarbeiter gibt, sondern nur Leistungs-Verrechner. Dann kommt der Gewinnschutz für alle dazu. Anm. HJK).* Deshalb argumentierte der Arbeitgeberverband, eine gesetzliche Erhöhung des Jahresurlaubs würde zu einer Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland, insbesondere nach Deutschland führen. So argumentierten die gut organisierten Arbeitgeber auf großen Plakaten mit dem Slogan „MEHR Ferien = weniger JOBS – Ferieninitiative NEIN“. Das ist eine rein interessengeleitete Lobby-Argumentation, auf die viele Schweizer leider hereingefallen sind. Denn diese Argumentationschiene ist an Durchsichtigkeit nur schwer zu überbieten und empirisch nicht haltbar. Deutschland hat sechs Wochen Jahresurlaub, ist eines der exportstärksten Länder der Erde und hat seit vielen Jahren (leider) einen der höchsten Leistungsbilanzüberschüsse der Welt. Sechs Wochen Jahresurlaub scheinen, entgegen der Argumentation der Schweizer Unternehmenseigentümer, einem starken Export nicht im Wege zu stehen. Wenn es um Geld und Gewinne geht, werden die Argumente eben zurechtgebogen, wie man es braucht. Die Arbeitgeber hatten ungleich mehr

- <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/volksabstimmung-schweizerlehnen-laengeren-urlaub-ab-a-820637.html> Stand Mai 2019

Ressourcen zur Verfügung für Plakate und PR als die Befürworter der Urlaubszeitverlängerung. Wie soll eine demokratische Bürgerbefragung fair funktionieren, wenn mit solch ungleichen Waffen gekämpft wird? Gerade dies wäre eine sehr wichtige gesellschaftliche Weichenstellung: Die Jahresarbeitszeit zu verkürzen in Form von gesetzlich längerem Jahresurlaub und sinkender Wochenarbeitszeit. R. und E. Skidelsky schlagen eine progressive Arbeitszeitbesteuerung vor, das ist auch keine schlechte Idee. Christian Felber empfiehlt, dass Arbeitnehmer alle 10 Jahre ein Jahr Auszeit (ein sabbatical) nehmen können. *(Dieses Frei-Jahr ist in der HuMan-Wirtschaft auch vorgesehen)* Damit eine kürzere Arbeitszeit auch für Niedrigverdiener möglich ist, bräuchten wir gleichzeitig die oben geschilderten Umverteilungsmaßnahmen, beispielsweise Steuer- und Sozialabgabenfreiheit bis zu einem Monatseinkommen von 1.500 Euro. *(In der HuMan-Wirtschaft bezahlen wir nur noch die einzige Waren-Transfer-Steuer von 12% ohne Vorsteuerabzug. Anm. HJK)* Dadurch würde das monatliche Nettoeinkommen für Niedrigverdiener dramatisch erhöht (siehe unten). Dadurch könnten sich auch Niedriglohnpfänger leisten, etwas weniger zu arbeiten und sich mehr ihren Kindern oder anderen sinnvollen Tätigkeiten zu widmen.

Luxussteuer

Auch eine Luxussteuer auf bestimmte Produkte, wie sie R. und E. Skidelsky vorschlagen, wäre keine schlechte Idee. *(In der HuMan-Wirtschaft kann das alles über verschiedene Waren-Transfer-Steuersätze z.B. auf Luxus dann 25% statt 12% erheben. Anm. HJK)* So verteuert beispielsweise Dänemark große Autos mit einer Luxussteuer und Norwegen besonders schwere oder abgasintensive Autos

- Angaben von Travail.Suisse, Email vom 3.7.2019 250 Skidelsky S.263ff. 251 Felber 2010, S.48 252 Skidelsky 2013, S. 275 253 https://www.capital.de/karriere/warum-skandinavien-gerne-steuern-zahlen?article_onepage=true

durch eine erhöhte Steuer. Man merkt das auch als Besucher in Norwegen: dort fahren erstaunlich wenig große Autos, anteilig viel weniger als in Deutschland, obwohl die Einkommen der Norweger deutlich höher sind als die deutschen.

Fremdkapital begrenzen *(Nicht vorgesehen in der HuMan-Wirtschaft, da es kein Fremd- sondern nur Eigenkapital als Genossenschafts-Kapital gibt.)*

Der frühere Spitzenmanager der Deutschen Bank und Finanzmarktspezialist, Pavan Sukhdev, schlägt in seinem Buch Corporation 2020 vor, die Fremdkapitalaufnahme bzw. den Verschuldungsgrad von

Unternehmen zu begrenzen, um den Aufbau einer Schuldenblase zu vermeiden. Das ist ein sehr vernünftiger Gedanke. Als ehemaliger Investmentbanker kann ich diesen Vorstoß nur unterstützen.

Obergrenze für Managergehälter

Außerdem bräuchten wir eine Deckelung der Managergehälter. Beispielsweise könnten wir eine Regelung einführen, wonach das Gehalt von Spitzenmanagern maximal das 10- bis 20-fache des Lohnes eines einfachen Beschäftigten haben darf. Es gibt dazu auch eine interessante Diskussion im angelsächsischen Raum: The Case for Maximum Wage.²⁵⁷ Die USA hatten von 1944 bis 1964 de facto eine Lohnobergrenze durch einen extrem hohen

- <https://orange.handelsblatt.com/artikel/53408> Stand Mai 2019 255 Sukhdev 2013, S.176 256 Vgl. Felber 2010, S.63 257 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/jun/30/minimum-wage-maximum-wage-income-inequality> Stand Mai 2019 224

Spitzensteuersatz von 94 Prozent. Ähnliches gilt für Großbritannien. Dort war der Spitzensteuersatz während des Zweiten Weltkrieges 99,25 Prozent, und in den Jahren von 1952 bis 1977 lag er immer weit über 80 Prozent, Mitte der 1970er mehrere Jahre über 95 Prozent.

Umsetzung

Mir ist klar, dass die politische Umsetzung dieser Ideen nicht einfach ist. (*Absolut unmöglich und technisch Veraltet was Umlaufgebühren betrifft. Anm. HJK*) Das zeigt ja deutlich die aufgeregte Diskussion um die Vorschläge von Kevin Kühnert vom Mai 2019. Denn es gibt selbstverständlich ganz erhebliche Widerstände der negativ Betroffenen, der Vermögenden. Deren Einfluss auf Politik und Medien ist ungeheuer groß. (*Was ja logisch ist und eben in der HuMan-Wirtschaft berücksichtigt wird. Anm. HJK*) So sitzen allein im Deutschen Bundestag mehr Lobbyisten als Abgeordnete, die – mit großem Erfolg - alles tun, damit in der Gesetzgebung Einzelinteressen statt Gemeinwohlinteressen durchgesetzt werden. Daher wäre eine besonders dringliche politische Maßnahme, alle Lobbyisten im Bundestag, in den Landtagen und den Ministerialbürokratien zu entfernen. Alle Spenden und Zuwendungen an politische Parteien und Politiker sollten offengelegt werden und Spenden von Unternehmen an Politiker und Parteien nach dem Vorbild der ödp verboten werden.

Anm. HJK: Die HuMan-Bewegung als führende Partei wird in 4 Jahren die Politik komplett ändern, um die von Ihr propagierte «HuMan-Wirtschaft» politisch umzusetzen. Dabei werden alle Schulbücher umzuschreiben sein. Das ist logisches Programm. Fangen wir es nun endlich an. Aus der Sicht der «Materialisten und Tausch-Geld-Theoretiker» kann nie eine praktikable Lösung kommen. **Die einzige Lösung heisst.** «Entmaterialisierung des Geldes = Geld wird nur noch zum Wertspeicher und der Geld-Schöpfer ist der dezentrale Unternehmer-Kunde, der sein waren-gedecktes Geld selber schafft am richtigen Ort zur richtigen Zeit in der exakt richtigen Menge und via EUROWEG Verrechnungskonten diese Geld-Schöpfung wieder vernichtet. Das ist die einzige praktikable und seit 2005 vorhandene LÖSUNG. HJK 2019 Rapperswil.

Siehe alle Einwendungen von HJK hier.

www.systemwechsel.tv www.systemwechsel.net (13 Lehr-Videos mit PP-Folien-Erklärung)

www.human-Bewegung.ch www.human-weg.net (Politische Umsetzung mit allen 5 Büchern)

www.solideo-geno.ch (Genossenschaften als Solidar-Gemeinschaften)